

Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets



(11) **EP 1 104 731 A2**

(12) **EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG**

(43) Veröffentlichungstag:
06.06.2001 Patentblatt 2001/23

(51) Int Cl.7: **B60T 8/00**

(21) Anmeldenummer: 00121534.2

(22) Anmeldetag: 30.09.2000

(84) Benannte Vertragsstaaten:
**AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT LI LU
MC NL PT SE**
Benannte Erstreckungsstaaten:
AL LT LV MK RO SI

(30) Priorität: 03.12.1999 DE 19958324

(71) Anmelder: **WABCO GmbH & CO. OHG**
30432 Hannover (DE)

(72) Erfinder:
• **Schmidt, Detlef**
30989 Gehrden (DE)
• **Stanusch, Gerald**
31177 Harsum (DE)
• **Wolff, Hans-Klaus**
31832 Springe (DE)

(74) Vertreter: **Schrödter, Manfred**
WABCO GmbH & Co. OHG,
Postfach 91 12 62
30432 Hannover (DE)

(54) **Verfahren zur Abbremsung eines Fahrzeuges**

(57) Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Abbremsung eines Fahrzeuges, bei welchem eine gewünschte achsweise Bremskraftverteilung gemäß den Achslasten durch eine Regelung des Bremsenschlupfs mittels eines Antiblockiersystems erzielt wird. Hierbei wird die Aufgabe gelöst, eine ausreichende Abbremsbarkeit des Fahrzeuges auch bei Defekten oder Störungen an einem der Bremskreise sicherzustellen, z. B. bei verölten Bremsbelägen, Temperaturfading oder einem vollständigen Ausfall eines Bremskreises. Dies wird

durch Anhebung der Bremskraft in dem Hinterachs-bremskreis auf einen Wert erreicht, bei dem ein für das Fahrzeug vorgeschriebener Mindestverzögerungswert erreicht wird. Der Mindestverzögerungswert seinerseits wird aufgrund des von dem Fahrer vorgegebenen Bremswunschs in Verbindung mit einer Zuordnungsfunktion für Mindestverzögerungswerte bestimmt. Bevorzugtes Anwendungsgebiet der Erfindung sind druckluftgesteuerte Bremsanlagen in Nutzfahrzeugen mit einer Aufteilung in Vorderachs-bremskreis und Hinterachs-bremskreis.

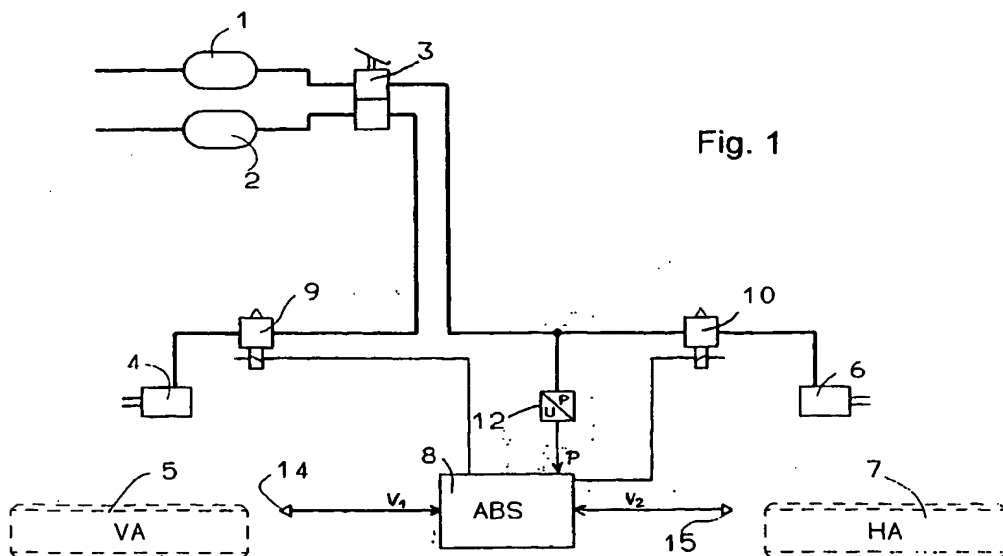


Fig. 1

Beschreibung

[0001] Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Abbremsung eines Fahrzeuges gemäß dem Oberbegriff des Patentanspruchs 1.

[0002] Ein gattungsgemäßes Verfahren ist aus der DE 40 07 360 A1 bekannt.

[0003] Bei dem bekannten Verfahren wird bei einer Abbremsung des Fahrzeuges der Bremsdruck an der Hinterachse verändert, wenn eine nennenswerte Differenz zwischen den Bremsschlupfwerten an der Vorderachse und der Hinterachse auftritt. Wenn beispielsweise der Bremsschlupf an der Hinterachse einen nennenswert höheren Wert aufweist als der Bremsschlupf an der Vorderachse, dann wird dies als Indiz für eine im Sinne einer achslastabhängigen Bremskraftverteilung unerwünscht hohe Bremskraft an der Hinterachse betrachtet und infolgedessen der Bremsdruck zwecks Verringerung der Bremskraft reduziert, bis der Bremsschlupf an der Hinterachse im wesentlichen dem Bremsschlupf an der Vorderachse entspricht.

[0004] Wenn aber in dem zuvor beschriebenen Fall der Vorderachsbremskreis eine relativ schlechte Bremswirkung hat oder sogar vollständig ausfällt, dann kann es bei dem zuvor beschriebenen Verfahren vorkommen, daß der Bremsdruck in dem noch voll funktionsfähigen Hinterachsbremskreis derart stark abgesenkt wird, daß das Fahrzeug kaum oder gar nicht mehr abbremsbar ist.

[0005] Der Erfindung liegt daher die Aufgabe zugrunde, eine ausreichende Abbremsbarkeit des Fahrzeuges auch bei Defekten oder Störungen an einem der Bremskreise sicherzustellen.

[0006] Diese Aufgabe wird durch die in dem Patentanspruch 1 angegebene Erfindung gelöst. Weiterbildungen und vorteilhafte Ausgestaltungen der Erfindung sind in den Unteransprüchen angegeben.

[0007] Die Erfindung hat den Vorteil, daß mit relativ einfachen Mitteln eine ausreichende und gut dosierbare Bremswirkung und somit ein sicheres Bremsverhalten gewährleistet wird. Es ist hierbei lediglich der unerwünschte Unterschied zwischen dem gemessenen tatsächlichen Verzögerungswert und dem Grenzverzögerungswert, infolgedessen eine automatische Anpassung der Bremskraft erfolgen soll, vorzunehmen. Geeignete Vorschläge hierfür sind in dem Ausführungsbeispiel angegeben. Als unerwünschter Unterschied im Sinne der nachfolgend beschriebenen Erfindung ist sowohl ein unerwünscht geringer Unterschied als auch ein unerwünscht hoher Unterschied zu verstehen, des weiteren auch eine unerwünschte Unterschreitung oder Überschreitung wenigstens eines Grenzverzögerungswerts.

[0008] Gemäß einer vorteilhaften Ausgestaltung der Erfindung wird als ein Grenzverzögerungswert ein einen unteren zulässigen Grenzwert darstellender Mindestverzögerungswert bestimmt. Bei einer Unterschreitung dieses Mindestverzögerungswerts wird automa-

tisch die Bremskraft an der Hinterachse erhöht. Dies hat den Vorteil, daß mit sehr geringem Aufwand auch bei einer nur teilweise verschlechterten Bremswirkung des Vorderachsbremskreises, z. B. infolge verölter Bremsbeläge oder nachlassender Bremswirkung durch Temperaturfading, eine sichere Abbremsung des Fahrzeuges gewährleistet ist. Es wird immer zumindest der dem jeweiligen Bremswunsch des Fahrers zugeordnete Mindestverzögerungswert erreicht.

[0009] Gemäß einer vorteilhaften Ausgestaltung der Erfindung wird als ein Grenzverzögerungswert ein einen oberen zulässigen Grenzwert darstellender Höchstverzögerungswert bestimmt. Wenn der gemessene tatsächliche Verzögerungswert des Fahrzeuges diesen Höchstverzögerungswert erreicht oder überschreitet, wird automatisch die Gesamtbremskraft des Fahrzeuges begrenzt oder verringert. Hierdurch kann eine zu heftige Bremsreaktion bei relativ leichten unbeladenen Fahrzeugen, welche den Fahrer überraschen und überfordern könnte, vermieden werden. Ein weiterer Vorteil dieser Ausgestaltung ist, daß Abbremsungen bei derartigen leichten Fahrzeugen besser dosiert werden können. Mit einer derartigen Bremskraftbegrenzung ausgestattete Zugmaschinen lassen sich zudem ohne weiteres mit einer Vielzahl von Anhängertypen kombinieren.

[0010] Für den Fahrzeughersteller ergibt sich der weitere Vorteil, daß eine Fahrzeugserie, bestehend aus Fahrzeugen mit unterschiedlichem zulässigen Gesamtgewicht, mit einer gleichartigen Bremsanlage ausgestattet werden können und die Auslegung dieser einheitlichen Bremsanlage, insbesondere die Auslegung der Bremszylinder, ebenfalls mit wenig Aufwand möglich ist. Ein weiterer Vorteil ist, daß derartig ausgestattete Fahrzeuge unabhängig von der Beladung immer eine annähernd gleich Bremswirkung aufweisen, welche innerhalb der durch den Mindestverzögerungswert und den Höchstverzögerungswert festgelegten Grenzen liegt.

[0011] Wenn, wie in vorteilhaften Ausgestaltungen der Erfindung ausgeführt, der Mindestverzögerungswert und/oder der Höchstverzögerungswert gemäß den durch die Zuordnungsbänder der EG-Richtlinie ECE-R13 festgelegten Zuordnungsfunktionen bestimmt werden, ist außerdem auf einfache Weise eine Erfüllung der gesetzlichen Zulassungsvorschriften unabhängig von der Beladung des Fahrzeuges sogar bei Verwendung gleichartig ausgelegter Bremsanlagen für die gesamte Fahrzeugpalette gewährleistet.

[0012] Bevorzugtes Anwendungsgebiet der Erfindung sind Fahrzeuge mit konventionellen Druckmittelbremsanlagen mit einer Aufteilung in Vorderachs- und Hinterachsbremskreis. Vorzugsweise sind für die Anwendung der Erfindung in Betracht kommende Fahrzeuge des weiteren mit einem Antiblockiersystem ausgestattet, welches bereits über Informationen über den Bremsschlupf der einzelnen Räder verfügt. Die Erfindung wird dann vorzugsweise als eine Erweiterung des

Steuerungsalgorithmus des Antiblockiersystems ausgeführt. Die Erfindung kann außerdem bei sogenannten elektronisch gesteuerten Bremssystemen (EBS) vorteilhaft angewandt werden, welche durch die Verwendung eines ein elektrisches Signal abgebenden Bremswertgebers anstatt eines herkömmlichen Fußbremsventils charakterisiert werden. Das elektrische Signal des Bremswertgebers repräsentiert dann den Bremswunsch des Fahrers. Bei derartigen elektronisch gesteuerten Bremssystemen ist es im Gegensatz zu der vorliegenden Erfindung bereits bekannt, die Bremskraft derart zu regeln, daß der die wirkliche Abbremsung des Fahrzeugs repräsentierende tatsächliche Verzögerungswert relativ genau einem den Bremswunsch des Fahrers repräsentierenden Soll-Verzögerungswert entspricht. Ein derartiges Verfahren wird auch als Verzögerungsregelung bezeichnet.

[0013] Im Gegensatz hierzu wird bei der vorliegenden Erfindung kein Soll-Verzögerungswert verwendet, sondern ein nachfolgend noch näher beschriebener Mindestverzögerungswert und/oder ein Höchstverzögerungswert.

[0014] Weitere Vorteile der Erfindung sowie vorteilhafte Ausgestaltungen sind in dem nachfolgend beschriebenen Ausführungsbeispiel angegeben, welches anhand von Zeichnungen näher erläutert wird.

[0015] Es zeigen:

- Fig. 1 eine für die Anwendung des erfindungsgemäßen Verfahrens bevorzugte Ausführung einer Bremsanlage in schematischer Darstellung und
- Fig. 2 eine bevorzugte Zuordnungsvorschrift für die Bestimmung des Mindestverzögerungswertes und des Höchstverzögerungswertes und
- Fig. 3, 4 und 5 eine bevorzugte Ausführungsform des erfindungsgemäßen Verfahrens in Flußdiagramm-Darstellung.

[0016] Es werden in den Figuren gleiche Bezugszeichen für einander entsprechende Teile und Signale verwendet.

[0017] In der Fig. 1 sind für Druckleitungen dickere Linien und für elektrische Leitungen dünnere Linien vorgesehen. Die Zeichnung zeigt schematisch eine mit Druckluft betriebene Bremsanlage für einen Lkw, die zusätzlich mit einem Antiblockiersystem (ABS) ausgerüstet ist. Anstelle eines Antiblockiersystems kann auch ein elektrisches Bremssystem (EBS) vorgesehen sein, in welchem üblicherweise ein Antiblockiersystem integriert ist. Anstelle einer pneumatischen Bremsanlage kann auch eine hydraulisch oder elektrisch betätigte

Bremsanlage vorgesehen sein.

[0018] Es sind zur übersichtlicheren Darstellung nur die Räder und zugehörigen pneumatischen Bauteile einer Fahrzeugseite dargestellt. Die zur Betätigung der Bremsen benötigte Druckluft wird in Druckluftbehältern (1, 2) bereitgestellt. Über ein Fußbremsventil (3) kann der Fahrer ausgehend von dem Vorratsdruck einen zur Abbremsung gewünschten Bremsdruck bzw. eine hieraus resultierende Bremskraft vorgeben. Das Fußbremsventil (3) ist zweikreisig ausgebildet und führt zum einen über ein ABS-Regelventil (9) zu einem Bremszylinder (4) für ein Rad (5) der Vorderachse (VA). Der andere Bremskreis führt über ein weiteres ABS-Regelventil (10) zu einem Bremszylinder (6) für ein Rad (7) der Hinterachse (HA). Die ABS-Regelventile (9, 10) sind vorzugsweise als elektrisch betätigbare Magnetventile ausgebildet, welche von einem elektronischen Steuergerät (8) mit elektrischen Betätigungssignalen beaufschlagbar sind.

[0019] Das Steuergerät (8) erhält über Radsensoren (14, 15) eine Information über das Drehverhalten der Räder. Sollten die Räder eine Blockierneigung zeigen, gibt das Steuergerät (8) in bekannter Weise Betätigungssignale an die Regelventile (9, 10) aus, welche den Bremsdruck herabsetzen und somit die Blockierneigung wieder beseitigen können.

[0020] Aus den von den Radsensoren (14, 15) abgegebenen Informationen berechnet das Steuergerät (8) die Drehgeschwindigkeit des jeweiligen Rades bzw. über geeignete Umrechnungskonstanten die mittleren Drehgeschwindigkeiten der Räder der Vorderachse (v_1) und der Hinterachse (v_2) des Fahrzeuges.

[0021] Das Steuergerät (8) besitzt des weiteren einen Eingang für einen Drucksensor (12) zur Messung des von dem Fahrer mittels des Fußbremsventils (3) vorgegebenen Druckes im Hinterachsbremskreis. Alternativ oder zusätzlich könnte auch der Bremsdruck im Vorderachsbremskreis sensiert werden. Der Drucksensor (12) gibt ein Drucksignal (p) an das Steuergerät (8) ab.

[0022] In der Darstellung gemäß Fig. 2 ist eine bevorzugte Zuordnungsvorschrift für die Bestimmung des Mindestverzögerungswertes und dessen Anwendung zur Erhöhung des Bremsdrucks in dem Hinterachsbremskreis beispielhaft dargestellt. An der Abszisse ist das von dem Fahrer mittels des Bremspedals vorgegebene Drucksignal (p), normiert in Megapascal (MPa), aufgetragen. An der Ordinate ist der tatsächliche Verzögerungswert (z) des Fahrzeuges aufgetragen, normiert in Vielfachen der Erdbeschleunigung g.

[0023] Die Linie (20) gibt die Obergrenze der gemäß ECE-R13 zulässigen tatsächlichen Verzögerungswerte (z) in Abhängigkeit von dem Drucksignal (p). Die Linie (21) stellt die unterste zulässige Grenze der zuvor erwähnten Zuordnung dar. In vorteilhafter Weise wird bei der Erfindung die Linie (21) als Zuordnungsfunktion für eine Bestimmung des Mindestverzögerungswertes (z_{\min}) und die Linie (20) als Zuordnungsfunktion für eine Bestimmung des Höchstverzögerungswertes (z_{\max}) ver-

wendet. Die Linien (20, 21) definieren somit ein zulässiges Zuordnungsband.

[0024] Anhand eines durch die gestrichelte Linie (22) beispielhaft festgelegten Wertes für das Drucksignal (p) soll unter Verwendung von Verzögerungsniveaus (23, 24, 25, 26, 27) die Funktionsweise der Erfindung erläutert werden. Es sei angenommen, daß bei einem Fahrzeug mit ordnungsgemäßer Bremsanlage bei dem durch die Linie (22) definierten Drucksignal (p) ein tatsächlicher Verzögerungswert (z) gemäß dem Niveau (23) erreicht wird. Wenn nun abweichend hiervon bei einer nicht ordnungsgemäßen Funktion der Bremsanlage, z. B. durch verölte Bremsbeläge oder infolge von Temperaturfading im Vorderachsbremskreis, eine Abbremsung eingeleitet wird, dann wird von dem dann eine relativ schlechte Bremswirkung erzeugenden Vorderachsbremskreis ein relativ geringer Bremsschlupf erzeugt. Die Funktion zur Anpassung des Bremsschlupfs an der Hinterachse reduziert dann zwecks einer achlastabhängigen Bremskraftverteilung die Bremskraft an der Hinterachse. Wegen der nun sowohl an der Vorderachse als auch infolge der Schlupfdifferenzregelung an der Hinterachse verringerten Bremswirkung wird im vorliegenden Beispiel nur das Niveau (24) statt des Niveaus (23) erreicht. Dies wird von dem Steuergerät (8) erkannt, welches sodann durch geeignete Betätigung des Regelventils (10) den Bremsdruck und damit die Bremskraft in dem Hinterachsbremskreis derart anhebt, daß das auf der Linie (21) liegende Niveau (25) erreicht wird.

[0025] Wenn andernfalls z. B. bei einem unbeladenen Fahrzeug mit ordnungsgemäß arbeitender Bremsanlage der tatsächliche Verzögerungswert (z) ohne Einwirkung der Erfindung oberhalb der die erwünschte Verzögerungs-Obergrenze darstellenden Linie (20) liegen würde, z. B. bei dem Niveau (26), dann erkennt das Steuergerät (8) bereits bei Erreichen der Linie (20) einen Bedarf zur Bremskraftbegrenzung und bewirkt durch Betätigung des Regelventils (9) ein Konstanthalten oder Absenken des Bremsdrucks in dem Vorderachsbremskreis, so daß das auf der Linie (20) liegende Verzögerungsniveau (25) nach Erreichen beibehalten wird. Hierbei wird für den Hinterachsbremskreis vorzugsweise zusätzlich die im folgenden noch erläuterte Schlupfdifferenzregelung durchgeführt.

[0026] In den Fig. 3, 4 und 5 ist eine bevorzugte Ausgestaltung der Erfindung als Flußdiagramm dargestellt. Das gemäß Fig. 3 mit dem Block (30) beginnende Verfahren wird fortlaufend als Teil eines Steuerprogramms in dem Steuergerät (8) ausgeführt. In einem Datentransferblock (31) werden sodann das mittels des Drucksensors (12) ermittelte Drucksignal (p) sowie die mittels der Sensoren (14, 15) ermittelten Geschwindigkeiten (v1, v2) eingelesen.

[0027] In einem hierauf folgenden Zuweisungsblock (32) wird der tatsächliche Verzögerungswert (z) als erste zeitliche Ableitung der Vorderachsgeschwindigkeit (v1) nach der Zeit (t) berechnet. Statt der Vorderachs-

geschwindigkeit (v1) kann auch der Mittelwert der einzelnen Drehgeschwindigkeiten aller Räder verwendet werden. In einem darauffolgenden Verzweigungsblock (33) wird überprüft, ob der Drucksensor (12) defekt ist bzw. ob das Drucksignal (p) unplausibel ist. Wenn dies nicht der Fall ist, wird zu einem Zuweisungsblock (34) verzweigt, in dem der Mindestverzögerungswert (z_{\min}) mittels einer Zuordnungsfunktion ($f_1(p)$) bestimmt wird. Sodann wird in einem Zuweisungsblock (35) der Höchstverzögerungswert (z_{\max}) mittels einer Zuordnungsfunktion ($f_2(p)$) bestimmt. Die Zuordnungsfunktionen ($f_1(p)$, $f_2(p)$) sind vorzugsweise in dem Steuergerät (8) gespeichert. Sie entsprechen vorzugsweise den Linien (21, 20) gemäß Fig. 2. Des weiteren wird in einem Zuweisungsblock (36) eine als Startschwelle für die nachfolgende Bremsdruckregelung verwendete Variable (z_0) auf einen in dem Steuergerät (8) gespeicherten Wert (z_{start}) gesetzt, welcher vorzugsweise bei etwa 1 m/s² liegt.

[0028] Falls jedoch ein Defekt an dem Drucksensor (12) oder ein unplausibles Drucksignal (p) vorliegt, wird von dem Block (33) zu den aufeinanderfolgenden Zuweisungsblöcken (37, 38, 39) verzweigt, in welchen die zuvor erläuterten Größen (z_{\min} , z_{\max} , z_0) auf neutrale Werte gesetzt werden, die einen sicheren Betrieb der Bremsanlage ohne Verwendung des Drucksignals (p) gewährleisten. Hierbei wird $z_0 = 2,5 \text{ m/s}^2$, $z_{\min} = 0$ und $z_{\max} = \infty$ bzw. auf den größten darstellbaren Wert gesetzt.

[0029] Sodann wird in einem Verzweigungsblock (40) überprüft, ob ein für eine Bremsdruckmanipulation gemäß der vorliegenden Erfindung ausreichend großer tatsächlicher Verzögerungswert (z) vorliegt, d.h. ob der Verzögerungswert (z) die Startschwelle (z_0) überschreitet. Wenn dies nicht der Fall ist, wird unter Umgehung der Blöcke (41, 42, 43, 44, 45) direkt zu dem Unterprogrammblock (46) verzweigt, in dem die Beladung des Fahrzeuges abgeschätzt wird. Der Unterprogrammblock (46) wird anhand der Fig. 5 noch näher erläutert.

[0030] Anderenfalls wird mit dem Verzweigungsblock (41) fortgefahren, wo überprüft wird, ob der tatsächliche Verzögerungswert (z) den Mindestverzögerungswert (z_{\min}) unterschreitet. Wenn dies der Fall ist, wird zu einem Block (42) verzweigt, in dem der Bremsdruck im Hinterachsbremskreis durch geeignete Betätigung des Regelventils (10) um einen vorgegebenen Druckschritt erhöht wird. Anschließend mündet der Verfahrensablauf ebenfalls in dem Unterprogrammblock (46).

[0031] Falls in dem bereits erwähnten Verzweigungsblock (41) festgestellt wird, daß der tatsächliche Verzögerungswert (z) den Mindestverzögerungswert (z_{\min}) erreicht oder überschritten hat, dann wird in einem weiteren Verzweigungsblock (43) geprüft, ob der tatsächliche Verzögerungswert (z) auch bereits den Höchstverzögerungswert (z_{\max}) erreicht oder geringfügig überschritten hat. Falls diese Bedingung erfüllt ist, wird zu einem Block (44) verzweigt, in dem der Bremsdruck im Vorderachsbremskreis durch geeignete Betätigung des

Regelventils (9) konstant gehalten oder abgesenkt wird.

[0032] Sodann wird der im folgenden anhand der Fig. 4 noch näher zu erläuternde Unterprogrammblock (45) ausgeführt, in welchem die Schlupfdifferenzregelung durch Modulation des Hinterachsbremsdrucks zur Erzielung einer achslastabhängigen Bremskraftverteilung ausgeführt wird. Daraufhin wird der Unterprogrammblock (46) ausgeführt.

[0033] Das Verfahren gemäß Fig. 3 endet mit dem Block (47).

[0034] Der in der Fig. 4 im einzelnen dargestellte Unterprogrammblock (45) beginnt mit dem Block (60). In einem darauffolgenden Zuweisungsblock (61) wird eine Geschwindigkeitsdifferenz (Δv) als Differenz zwischen der Hinterachsgeschwindigkeit (v_2) zu der Vorderachsgeschwindigkeit (v_1) berechnet. Diese Differenz entspricht der Bremsschlupfdifferenz zwischen der Hinterachse (HA) und der Vorderachse (VA).

[0035] Sodann wird in einem Verzweigungsblock (62) überprüft, ob die Geschwindigkeitsdifferenz (Δv) einen ersten Grenzwert (v_{grenz1}) überschreitet. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, deutet dies auf eine im Vergleich zur Bremskraft an der Vorderachse unerwünscht geringe Bremskraft an der Hinterachse hin. Daher wird zur Erhöhung der Bremskraft an der Hinterachse zu dem Block (64) verzweigt, wo der Bremsdruck im Hinterachsbremskreis um einen vorgegebenen Druckschritt erhöht wird.

[0036] Falls die Bedingung gemäß Verzweigungsblock (62) nicht erfüllt ist, so wird zu einem weiteren Verzweigungsblock (63) verzweigt, in dem geprüft wird, ob die Geschwindigkeitsdifferenz (Δv) einen zweiten Grenzwert (v_{grenz2}) unterschreitet. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, so wird zu einem Block (66) verzweigt, in welchem der Bremsdruck im Hinterachsbremskreis verringert wird, so daß durch die sich hieraus ergebende Bremskraftverringerung an der Hinterachse die Geschwindigkeitsdifferenz (Δv) in Richtung des Wertes Null verändert wird. Anderenfalls wird in einem Block (65) ein Ansteuersignal zum Halten des Bremsdrucks im Hinterachsbremskreis an das Regelventil (10) abgegeben.

[0037] Bevorzugte Werte für die Grenzwerte (v_{grenz1} , v_{grenz2}) sind $v_{\text{grenz1}} = 0,5 \text{ Km/h}$ und $v_{\text{grenz2}} = -1 \text{ Km/h}$.

[0038] Sodann endet der Unterprogrammblock (45) mit dem Block (67).

[0039] Der in der Fig. 5 im einzelnen dargestellte Unterprogrammblock (46) dient zur Abschätzung der Beladung des Fahrzeuges. Hierbei wird im vorliegenden Ausführungsbeispiel nach den Zuständen "vollbeladen", "teilbeladen" und "unbeladen" unterschieden. Es sind auch weitere Unterscheidungsstufen möglich.

[0040] Beginnend mit dem Block (80), wird in einem darauffolgenden Verzweigungsblock (81) zunächst überprüft, ob der Drucksensor (12) defekt ist bzw. ob das Drucksignal (p) unplausibel ist. Wenn dies der Fall ist, wird zu dem Zuweisungsblock (89) verzweigt, in welchem eine die Fahrzeugbeladung anzeigende Variable

(m) aus Sicherheitsgründen auf den Wert "vollbeladen" gesetzt wird.

[0041] Bei plausiblen Drucksignal (p) wird von dem Verzweigungsblock (81) zu dem weiteren Verzweigungsblock (82) verzweigt. Dort wird überprüft, ob der tatsächliche Verzögerungswert (z) einen als Produkt aus dem Höchstverzögerungswert (z_{max}) und einem ersten Parameterwert (k_1) gebildeten Wert, welcher auf ein unbeladenes Fahrzeug hindeutet, überschreitet.

Falls diese Bedingung erfüllt ist, wird in einem Verzweigungsblock (83) als weiteres Kriterium zur Erkennung des unbeladenen Zustands des Fahrzeuges geprüft, ob der tatsächliche Verzögerungswert (z) auch einen als Produkt aus dem Höchstverzögerungswert (z_{max}) und einem zweiten Parameterwert (k_2) gebildeten höheren Wert überschreitet, d.h. der zweite Parameterwert (k_2) ist größer als der erste Parameterwert (k_1). Wenn auch diese Bedingung erfüllt ist, wird in einem Zuweisungsblock (87) die Variable (m) auf den Wert "unbeladen" gesetzt.

[0042] Falls das weitere Kriterium gemäß Block (83) nicht erfüllt ist, wird in einem Verzweigungsblock (84) geprüft, ob das Steuergerät (8) infolge der zuvor anhand der Fig. 3 und 4 beschriebenen Regelungsfunktionen an die beiden Regelventile (9, 10) des Vorderachs- und des Hinterachsbremskreises Signale zum Halten des jeweiligen Bremsdrucks ausgibt. Falls dies der Fall ist, wird ebenfalls zu dem erwähnten Zuweisungsblock (87) verzweigt, in dem die Variable (m) auf den Wert "unbeladen" gesetzt wird.

[0043] Wenn jedoch die in den Blöcken (82, 84) jeweils überprüften Bedingungen nicht erfüllt sind, wird das Verfahren mit dem Verzweigungsblock (85) fortgesetzt. Dort wird überprüft, ob der tatsächliche Verzögerungswert (z) einen als Produkt aus dem Mindestverzögerungswert (z_{min}) und einem dritten Parameterwert (k_3) gebildeten Wert, welcher auf ein voll beladenes Fahrzeug hindeutet, überschreitet. Bei Unterschreitung dieses Wertes wird die Variable (m) in dem Zuweisungsblock (89) auf den Wert "vollbeladen" gesetzt.

[0044] Bei Überschreitung hingegen wird in einem Verzweigungsblock (86) überprüft, ob das Steuergerät (8) infolge der Regelungsfunktionen an das Regelventil (10) des Hinterachsbremskreises ein Signal zum Halten des jeweiligen Bremsdrucks ausgibt. Falls dies der Fall ist, wird zu einem Zuweisungsblock (88) verzweigt, in dem die Variable (m) auf den Wert "teilbeladen" gesetzt wird. Anderenfalls wird zu dem Zuweisungsblock (89) verzweigt, in dem die Variable (m) auf den Wert "vollbeladen" gesetzt wird.

[0045] Bevorzugte Werte für die Parameterwerte (k_1 , k_2 , k_3) sind $k_1 = 0,9$, $k_2 = 1,5$ und $k_3 = 1,5$.

[0046] Sodann endet der Unterprogrammblock (46) mit dem Block (90).

Patentansprüche

1. Verfahren zur Abbremsung eines Fahrzeuges, welches wenigstens eine Vorderachse (VA) und eine Hinterachse (HA) sowie eine auf die Räder (5, 7) dieser Achsen (VA, HA) einwirkende blockiergeschützte Bremsanlage (1, 2, 3, 4, 6, 8, 9, 10, 14, 15) und ein Mittel (12) zur Erfassung des Bremswunschs des Fahrers aufweist, dadurch gekennzeichnet, daß ein die wirkliche Abbremsung des Fahrzeuges repräsentierender tatsächlicher Verzögerungswert (z) sowie ein dem Bremswunsch des Fahrers zugeordneter Grenzverzögerungswert (z_{\min} , z_{\max}) bestimmt werden, und daß automatisch die Bremskraft an wenigstens einer Achse (VA, HA) automatisch angepaßt wird, wenn ein unerwünschter Unterschied zwischen dem gemessenen tatsächlichen Verzögerungswert (z) und dem Grenzverzögerungswert (z_{\min} , z_{\max}) festgestellt wird. 5
2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß als ein Grenzverzögerungswert ein einen unteren zulässigen Grenzwert darstellender Mindestverzögerungswert (z_{\min}) bestimmt wird, und daß automatisch die Bremskraft an der Hinterachse (HA) erhöht wird, wenn der gemessene tatsächliche Verzögerungswert (z) den Mindestverzögerungswert (z_{\min}) unterschreitet. 10
3. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß die Bremskraft an der Hinterachse (HA) zumindest so weit erhöht wird, daß der gemessene tatsächliche Verzögerungswert (z) den Mindestverzögerungswert (z_{\min}) erreicht. 15
4. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß für die Bestimmung des Mindestverzögerungswertes (z_{\min}) eine Zuordnungsvorschrift (f_2) angewandt wird, durch die jedem Bremswunsch des Fahrers ein für den jeweiligen Fahrzeugtyp vorgeschriebener Mindestverzögerungswert (z_{\min}) zugeordnet wird. 20
5. Verfahren nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß als Zuordnungsvorschrift (f_2) die Untergrenze des ECE-Auslegungsbandes für beladene Fahrzeuge verwendet wird. 25
6. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß als ein Grenzverzögerungswert ein einen oberen zulässigen Grenzwert darstellender Höchstverzögerungswert (z_{\max}) bestimmt wird, und daß automatisch die Gesamtbremskraft des Fahrzeuges begrenzt oder verringert wird, wenn der gemessene tatsächliche Verzögerungswert (z) den Höchstverzögerungswert (z_{\max}) überschreitet. 30
7. Verfahren nach Anspruch 6, dadurch gekennzeichnet, daß zur automatischen Begrenzung der Gesamtbremskraft des Fahrzeuges die Bremskraft an der Vorderachse (VA) im wesentlichen konstant gehalten oder verringert wird. 35
8. Verfahren nach einem der Ansprüche 6 oder 7, dadurch gekennzeichnet, daß die Gesamtbremskraft des Fahrzeuges derart begrenzt oder verringert wird, daß der gemessene tatsächliche Verzögerungswert (z) den Höchstverzögerungswert (z_{\max}) im wesentlichen nicht überschreitet. 40
9. Verfahren nach einem der Ansprüche 6 bis 8, dadurch gekennzeichnet, daß für die Bestimmung des Höchstverzögerungswertes (z_{\max}) eine Zuordnungsvorschrift (f_1) angewandt wird, durch die jedem Bremswunsch des Fahrers ein für den jeweiligen Fahrzeugtyp vorgeschriebener Höchstverzögerungswert (z_{\max}) zugeordnet wird. 45
10. Verfahren nach Anspruch 9, dadurch gekennzeichnet, daß als Zuordnungsvorschrift (f_1) die Obergrenze des ECE-Auslegungsbandes für beladene Fahrzeuge verwendet wird. 50
11. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzielung einer gewünschten Bremskraftverteilung zwischen der Vorderachse (VA) und der Hinterachse (HA) die Bremskraft an der Hinterachse (HA) automatisch derart angepaßt wird, daß der Bremsschlupf an der Hinterachse im wesentlichen dem Bremsschlupf der Vorderachse entspricht. 55
12. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß aus der Relation des gemessenen tatsächlichen Verzögerungswertes (z) zu dem Mindestverzögerungswert (z_{\min}) und/oder dem Höchstverzögerungswert (z_{\max}) der Beladungszustand (m) des Fahrzeuges abgeleitet wird. 60
13. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß zur Bestimmung des Bremswunschs des Fahrers ein elektrisches Signal eines Bremswertgebers verwendet wird. 65
14. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 12, dadurch gekennzeichnet, daß zur Bestimmung des Bremswunschs des Fahrers ein Drucksignal (p) verwendet wird, welches den mittels eines Fußbremsventils (3) vorgegebenen Bremsdruck repräsentiert. 70

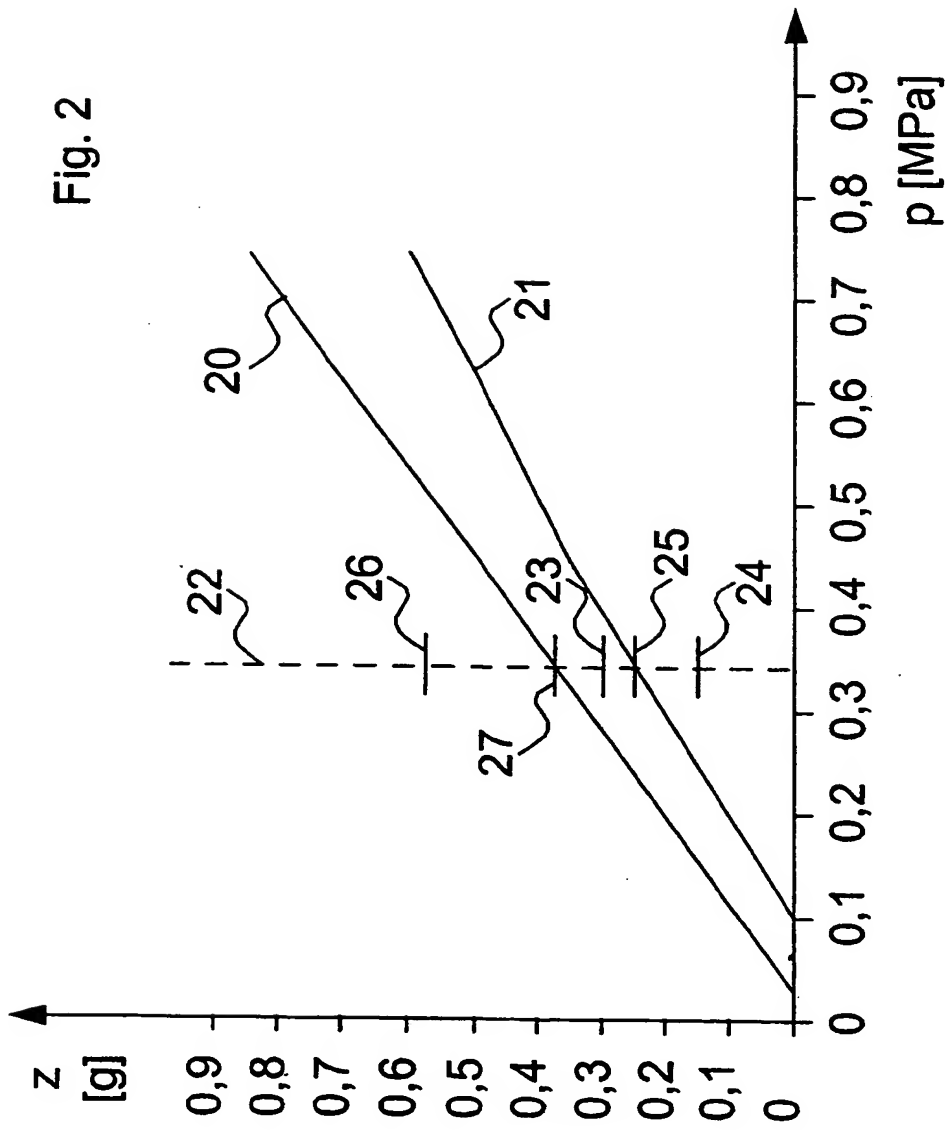


Fig. 3

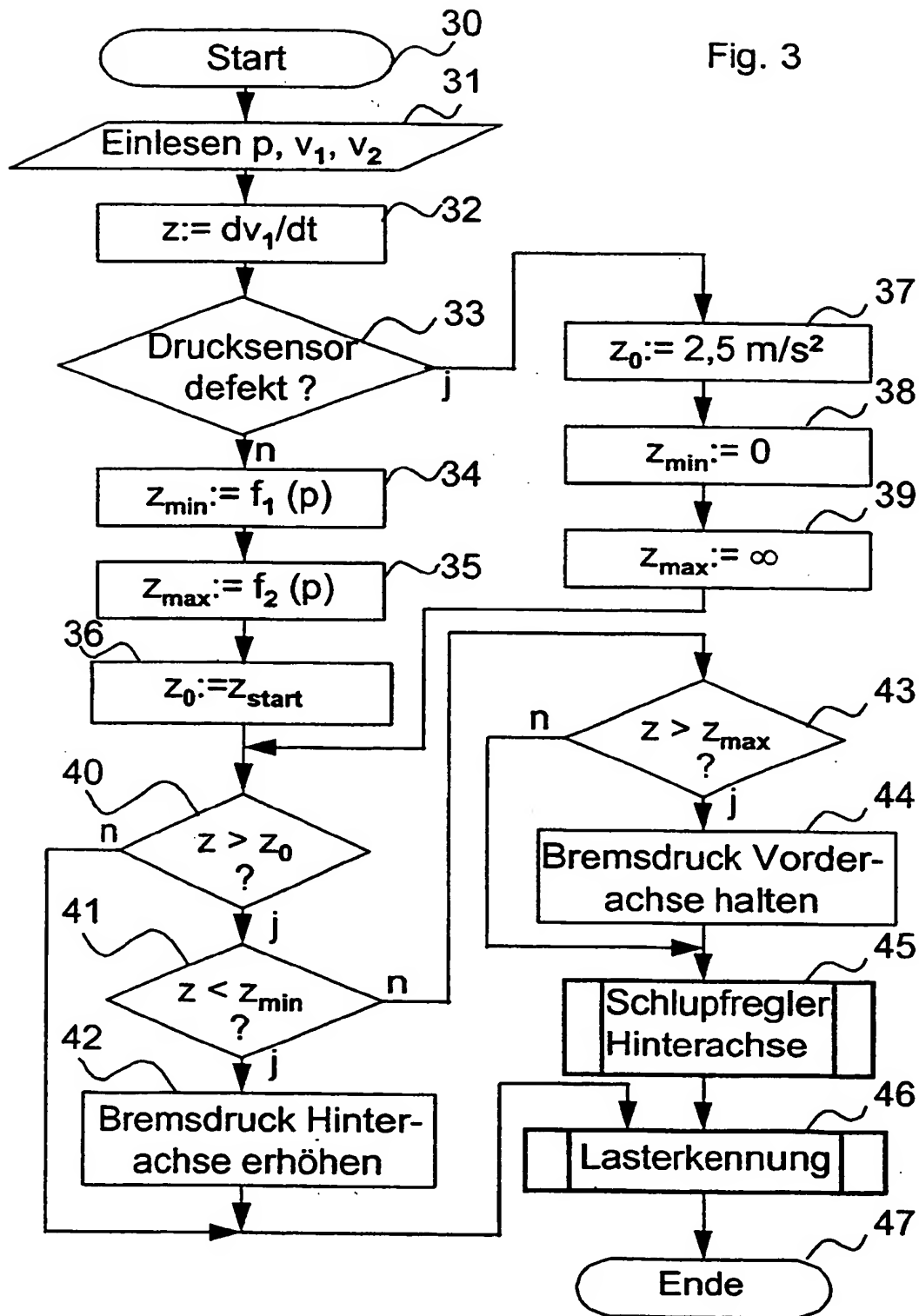


Fig. 4

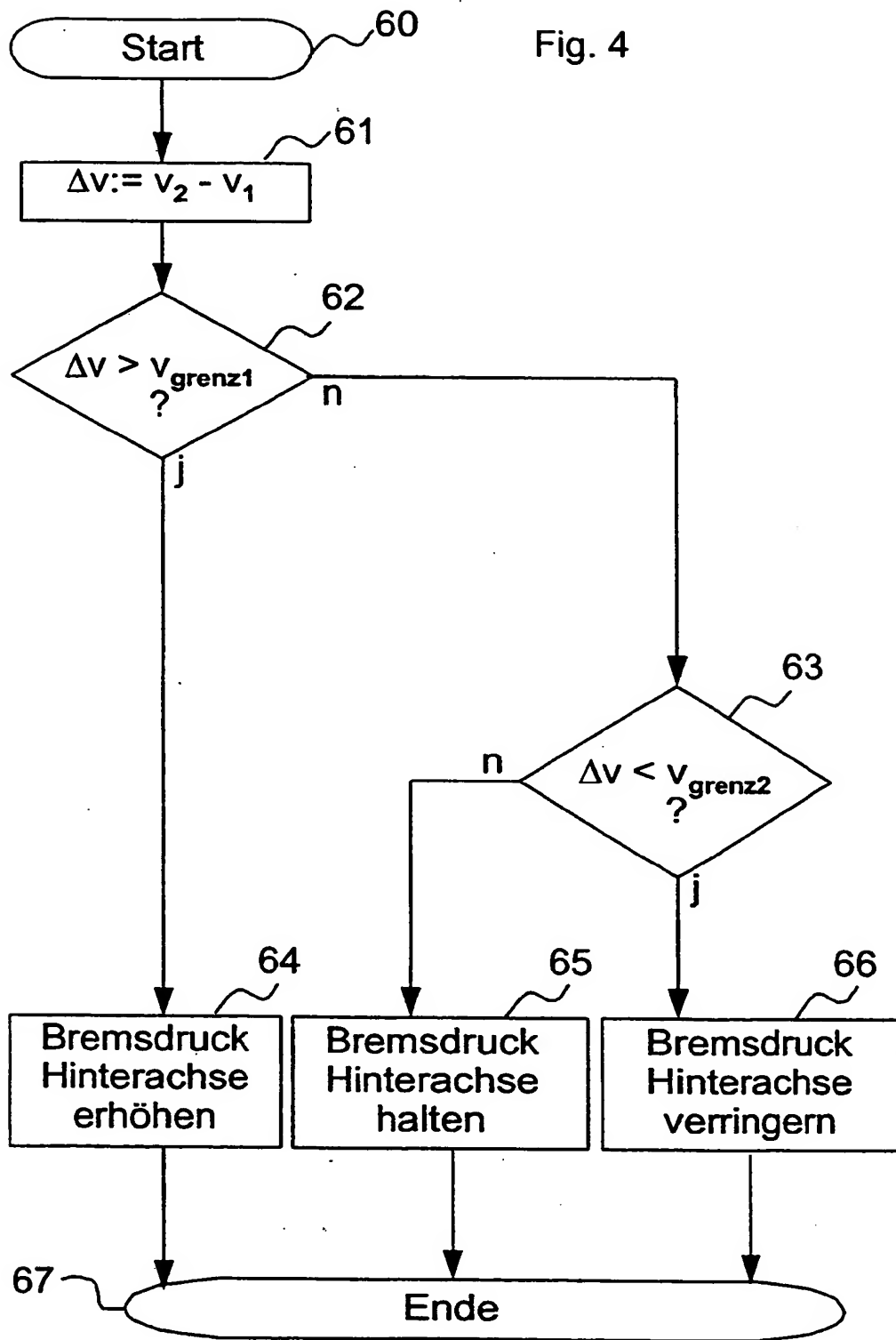
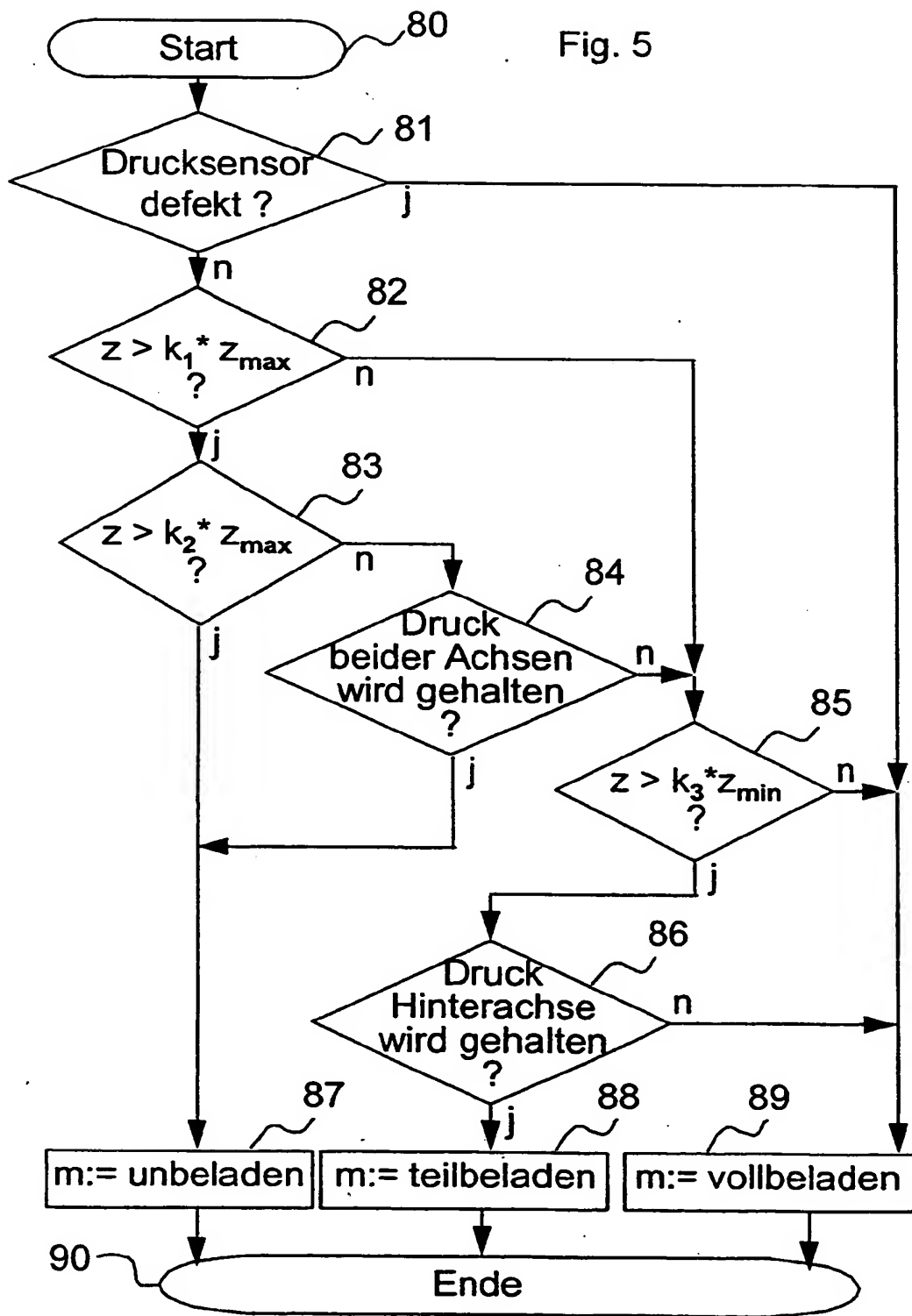
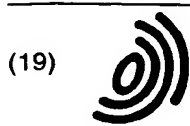


Fig. 5





(19)

Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets



(11)

EP 1 104 731 A3

(12)

EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

(88) Veröffentlichungstag A3:
23.10.2002 Patentblatt 2002/43

(51) Int Cl.7: B60T 8/00, B60T 8/26

(43) Veröffentlichungstag A2:
06.06.2001 Patentblatt 2001/23

(21) Anmeldenummer: 00121534.2

(22) Anmeldetag: 30.09.2000

(84) Benannte Vertragsstaaten:
AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT LI LU
MC NL PT SE
Benannte Erstreckungsstaaten:
AL LT LV MK RO SI

(30) Priorität: 03.12.1999 DE 19958324

(71) Anmelder: WABCO GmbH & CO. OHG
30432 Hannover (DE)

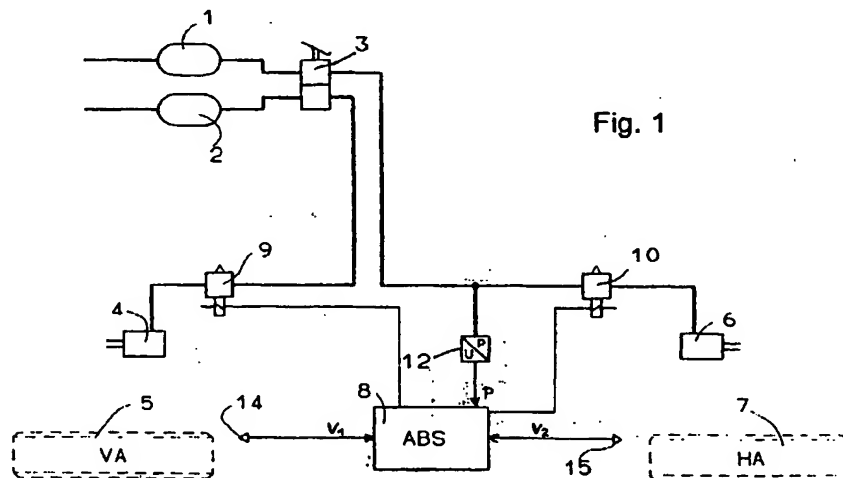
(72) Erfinder:
• Schmidt, Detlef
30989 Gehrden (DE)
• Stanusch, Gerald
31177 Harsum (DE)
• Wolff, Hans-Klaus
31832 Springe (DE)

(74) Vertreter: Schrödter, Manfred
WABCO GmbH & Co. OHG,
Postfach 91 12 62
30432 Hannover (DE)

(54) **Verfahren zur Abbremsung eines Fahrzeuges**

(57) Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Abbremsung eines Fahrzeuges, bei welchem eine gewünschte achsweise Bremskraftverteilung gemäß den Achslasten durch eine Regelung des Bremschlupfs mittels eines Antiblockiersystems erzielt wird. Hierbei wird die Aufgabe gelöst, eine ausreichende Abbremsbarkeit des Fahrzeuges auch bei Defekten oder Störungen an einem der Bremskreise sicherzustellen, z. B. bei verölten Bremsbelägen, Temperaturfading oder einem vollständigen Ausfall eines Bremskreises. Dies wird

durch Anhebung der Bremskraft in dem Hinterachs-bremskreis auf einen Wert erreicht, bei dem ein für das Fahrzeug vorgeschriebener Mindestverzögerungswert erreicht wird. Der Mindestverzögerungswert seinerseits wird aufgrund des von dem Fahrer vorgegebenen Bremswunschs in Verbindung mit einer Zuordnungsfunktion für Mindestverzögerungswerte bestimmt. Bevorzugtes Anwendungsgebiet der Erfindung sind druckluftgesteuerte Bremsanlagen in Nutzfahrzeugen mit einer Aufteilung in Vorderachs-bremskreis und Hinterachs-bremskreis.





Europäisches
Patentamt

EUROPÄISCHER RECHERCHENBERICHT

Nummer der Anmeldung
EP 00 12 1534

EINSCHLÄGIGE DOKUMENTE			
Kategorie	Kennzeichnung des Dokuments mit Angabe, soweit erforderlich, der maßgeblichen Teile	Betrifft Anspruch	KLASSIFIKATION DER ANMELDUNG (Int.Cl.7)
X	US 4 094 555 A (BYRNE PETER CYRIL ET AL) 13. Juni 1978 (1978-06-13) * Spalte 2, Zeile 58 - Spalte 3, Zeile 7 * * Spalte 10, Zeile 13 - Zeile 32 * * Spalte 10, Zeile 63 - Spalte 11, Zeile 7; Abbildungen 1,2 *	1	B60T8/00 B60T8/26
D,A	US 5 163 742 A (AMINPOUR ALI ET AL) 17. November 1992 (1992-11-17) * das ganze Dokument *	1-10	
A	US 3 951 466 A (GUAGLIUMI RENATO ET AL) 20. April 1976 (1976-04-20) * Spalte 1, Zeile 67 - Spalte 3, Zeile 10; Abbildung 1 *	1	
			RECHERCHIERTES SACHGEBIETE (Int.Cl.7)
			B60T
Der vorliegende Recherchenbericht wurde für alle Patentansprüche erstellt			
Recherchenort MÜNCHEN		Abschlußdatum der Recherche 23. August 2002	Prüfer HERNANDEZ, R
KATEGORIE DER GENANNTEN DOKUMENTE		T : der Erfindung zugrunde liegende Theorien oder Grundsätze E : älteres Patentdokument, das jedoch erst am oder nach dem Anmeldedatum veröffentlicht worden ist D : in der Anmeldung angeführtes Dokument L : aus anderen Gründen angeführtes Dokument & : Mitglied der gleichen Patentfamilie, übereinstimmendes Dokument	
X : von besonderer Bedeutung allein betrachtet Y : von besonderer Bedeutung in Verbindung mit einer anderen Veröffentlichung derselben Kategorie A : technologischer Hintergrund O : mündliche Offenbarung P : Zwischenliteratur			

EPO FORM 1503 03 92 (PctCo3)

**ANHANG ZUM EUROPÄISCHEN RECHERCHENBERICHT
 ÜBER DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG NR.**

EP 00 12 1534

In diesem Anhang sind die Mitglieder der Patentfamilien der im obengenannten europäischen Recherchenbericht angeführten Patentedokumente angegeben.

Die Angaben über die Familienmitglieder entsprechen dem Stand der Datei des Europäischen Patentamts am
 Diese Angaben dienen nur zur Unterrichtung und erfolgen ohne Gewähr.

23-08-2002

Im Recherchenbericht angeführtes Patentedokument		Datum der Veröffentlichung	Mitglied(er) der Patentfamilie		Datum der Veröffentlichung
US 4094555	A	13-06-1978	IE	45011 B1	02-06-1982
			DE	2748863 A1	01-06-1978
			GB	1568227 A	29-05-1980
			JP	1366678 C	26-02-1987
			JP	53068385 A	17-06-1978
			JP	61033739 B	04-08-1986
US 5163742	A	17-11-1992	DE	4007360 A1	12-09-1991
			DE	59105750 D1	27-07-1995
			EP	0445575 A2	11-09-1991
			JP	2717463 B2	18-02-1998
			JP	6024305 A	01-02-1994
US 3951466	A	20-04-1976	IT	991874 B	30-08-1975
			DE	2436231 A1	13-02-1975
			FR	2238616 A1	21-02-1975
			GB	1480249 A	20-07-1977

EPO FORM P0481

Für nähere Einzelheiten zu diesem Anhang : siehe Amtsblatt des Europäischen Patentamts, Nr.12/82